

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 9. März 2016

160.

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Mario Babini, Michael Schmid und 28 Mitunterzeichnenden betreffend Standortbedingungen für High-Tech Unternehmen bezüglich Arbeitsbewilligungen für hochqualifizierte ausländische Mitarbeitende, möglicher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Standortattraktivität

Am 27. Januar 2016 reichten Gemeinderäte Dr. Mario Babini (parteilos), Michael Schmid (FDP) und 28 Mitunterzeichnende folgende Dringliche Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2016/38, ein:

Ende letzten Jahres übte Julien Borel, leitender Ingenieur am Google Hauptsitz, Kritik an den für Google zusehends unattraktiven Standortbedingungen in Zürich bezüglich des Einsatzes von hochqualifizierten Mitarbeitern, welche von ausserhalb des EU-Raumes stammen.

Sein Fazit: «Wir bekommen keine Arbeitsbewilligung mehr für Ausländer, die in Zürich arbeiten. Ich hatte mehrere Leute von ausserhalb der EU angestellt, die nach Zürich kommen sollten.» Aber das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit habe Google diesbezüglich einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Google-Mann vergleicht Zürich mit einem schlecht organisierten Fussballteam. Man möchte die Champions League gewinnen, wolle aber keine Ausländer im Team. Und man höre nach 45 Minuten auf zu spielen. Dennoch gehört Google mit seinen 1600 Mitarbeitern zu den grösseren Arbeitgebern der Stadt Zürich.

Dies steht ganz im Gegensatz zum Leitbild der Stadt Zürich, wo folgendes stipuliert wird:

Standortqualität

«Wir engagieren uns für den Ausbau des Wissens- und Forschungsplatzes und gleichzeitig für ein breites Angebot an Arbeitsplätzen mit unterschiedlichen Anforderungsprofilen. Damit helfen wir mit, den Standort mit seiner hohen Qualität zu stärken und die Marke Zürich gegen innen und aussen zu positionieren.»

Weltoffenheit

«Wir sind stolz auf die Internationalität und Weltoffenheit Zürichs. Lokal wie regional, national und international sind wir gut vernetzt. Wir fördern den aktiven Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Folgen könnte diese Entwicklung mittel- bis langfristig auf die Attraktivität des Standortes der Stadt Zürich insbesondere bei High-Tech Unternehmen haben?
2. Fühlt sich der Stadtrat in diesem Zusammenhang zu konkreten Schritten bezüglich einer möglichen Verbesserung der Situation für Institutionen (ETH) bzw. Firmen mit ähnlichen Problemen verpflichtet?
3. Unternimmt die Stadt Zürich in diesem Zusammenhang auch Schritte auf Kantonaler Ebene sowie möglicherweise auch auf Bundesebene, um die Standortattraktivität der Stadt Zürich zu gewährleisten, insbesondere für Firmen, welche auf hochqualifizierte Mitarbeiter aus dem Nicht-EU Raum angewiesen sind?
4. Wie ist es aus Sicht der Stadt Zürich als Sitz der in internationalen Rankings am besten bewerteten kontinentaleuropäischen Universität (ETH Zürich) und sehr vielversprechender wissenschaftlich-unternehmerischer Kooperationen (Disney Research – ETH Zürich – ZHDK Zürich) zu verantworten, dass offensichtlich diese im Zuge der MEI zugunsten der Einhaltung der bilateralen Verträge auf Bundesebene benachteiligt werden?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 («Welche Folgen könnte diese Entwicklung mittel- bis langfristig auf die Attraktivität des Standortes der Stadt Zürich insbesondere bei High-Tech Unternehmen haben?»):

Für die Attraktivität des Wirtschaftsraums Zürich ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften von zentraler Bedeutung. Der internationale Standortwettbewerb der Städte und Regionen hat sich aufgrund der fortschreitenden Globalisierung und der damit verbundenen Mobilität und technischen Möglichkeiten in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Neben den klassischen ökonomischen Standortfaktoren gewinnen Elemente wie Innovationsfähig-

keit, kulturelle Attraktivität oder kreatives Potenzial immer mehr an Bedeutung. Direktinvestitionen von internationalen Unternehmen in Westeuropa stagnieren seit 2012. Die «neue» Konkurrenz der aufstrebenden Metropolitanregionen in Asien hat deutlich zugenommen, aber auch die «alte» Konkurrenz durch starke Standorte in Europa ist schärfer geworden. Diese europäischen Metropolen sind heute ernst zu nehmende Konkurrentinnen im Wettbewerb um Firmen, Ideen und Talente.

In den letzten Jahren wurden in der Schweiz verschiedene politische Prozesse und Initiativen ausgelöst (Masseneinwanderungsinitiative, Minder-Initiative usw.), welche das Bild der Rechtsbeständigkeit, der Wirtschaftsfreundlichkeit und der Aufgeschlossenheit unseres Standorts infrage stellen. Zudem birgt auch die noch hängige Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III aktuell für die Unternehmen Unsicherheiten. Die internationalen Unternehmen suchen aber gerade Sicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen; bislang eine der zentralen Stärken der Schweiz. Die beschriebenen Entwicklungen stellen daher den Wirtschaftsstandort Schweiz und damit auch Zürich vor Herausforderungen.

Es darf aber festgestellt werden, dass die Stadt Zürich in ihrer Vielfalt noch immer über sehr gute Standortfaktoren verfügt. Sie ist sowohl für Unternehmen als auch für hoch qualifizierte Arbeitnehmende ein attraktiver Arbeits- und Lebensraum. Neben harten Standortfaktoren wie der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften oder steuerlichen Rahmenbedingungen punktet Zürich auch mit der hohen Lebensqualität, der weltoffenen Einstellung der Bewohnerinnen und Bewohner, Internationalität, hervorragendem kulturellem Angebot und ausgezeichneten Bildungsangeboten. Der Stadtrat erachtet daher Investitionen in diese Faktoren als sehr bedeutsam. So sagte denn auch Eric Schmidt (Executive Chairman von Alphabet [ehem. Google]) im Nachgang des in der Anfrage erwähnten Interviews mit Julien Borel in der «NZZ am Sonntag» vom 20. Dezember 2015, die Standortwahl Zürich sei für das Unternehmen die beste Entscheidung gewesen. Der Google-Standort Zürich habe sich sehr gut entwickelt und werde dies auch in Zukunft tun (vgl. Interview in der «Schweiz am Sonntag» vom 24. Januar 2016).

Zu den Fragen 2, 3 und 4 («Fühlt sich der Stadtrat in diesem Zusammenhang zu konkreten Schritten bezüglich einer möglichen Verbesserung der Situation für Institutionen (ETH) bzw. Firmen mit ähnlichen Problemen verpflichtet?» «Unternimmt die Stadt Zürich in diesem Zusammenhang auch Schritte auf Kantonalen Ebene sowie möglicherweise auch auf Bundesebene, um die Standortattraktivität der Stadt zu gewährleisten, insbesondere für Firmen, welche auf hochqualifizierte Mitarbeiter aus dem Nicht-EU Raum angewiesen sind?» «Wie ist es aus Sicht der Stadt Zürich als Sitz der in internationalen Rankings am besten bewerteten kontinentaleuropäischen Universität (ETH Zürich) und sehr vielversprechender wissenschaftlich-unternehmerischer Kooperationen (Disney Research – ETH Zürich – ZHDK Zürich) zu verantworten, dass offensichtlich diese im Zuge der MEI zugunsten der Einhaltung der bilateralen Verträge auf Bundesebene benachteiligt werden?»):

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU zusammen mit den flankierenden Massnahmen ein Erfolgsmodell ist. Sie hat wesentlich zur wirtschaftlichen Prosperität, zur kulturellen Bereicherung und zur Sicherung der Lebensqualität der Schweiz und der Stadt Zürich beigetragen. Der Grund für die relativ hohe Zuwanderung in den letzten Jahren war eine im internationalen Vergleich sehr robuste Wirtschaft, die Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen hat. Die Stadt Zürich profitiert in hohem Masse von der Personenfreizügigkeit. Einzelne Branchen (Spitäler, Pflegebereich, Gastronomie, Bau- und Baunebengewerbe usw.) könnten ohne die ausländischen Arbeitskräfte nicht oder nur unzureichend funktionieren. Die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ist deshalb für die Zukunft der Wirtschaftslokomotive der Schweiz von eminenter Bedeutung. Die Stadtpräsidentin hat sich zudem unmittelbar nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zusammen mit anderen Präsidentinnen und Präsidenten von grossen Schweizer Städten beim Bund und gegenüber der Öffentlichkeit für eine Umsetzung der MEI eingesetzt, die den Interessen und Bedürfnissen der grossen Schweizer Wirtschaftszentren Rechnung trägt.

Die heutige Migrationspolitik ist durch ein duales System geprägt. Mit den EU/EFTA-Staaten gilt der freie Personenverkehr. Für die Drittstaaten werden Kontingente festgelegt, welche sich auch an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. In diesem grundsätzlichen Sinne unterstützt die Stadt Zürich die Migrationspolitik des Bundesrats. Die bilateralen Verträge mit der EU dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Es ist dem Stadtrat aber ein grosses Anliegen, dass die Anstellung von qualifizierten Arbeitskräften auch aus Drittstaaten in Zukunft gewährleistet werden kann. Der Standort Zürich benötigt neben der Personenfreizügigkeit mit der EU auch ein auf die Bedürfnisse der ansässigen Firmen und Bildungsinstitutionen ausgerichtetes Kontingent für Erwerbstätige aus Drittstaaten. Der Stadtrat schaut daher besonders besorgt auf die auch für 2016 beschlossene Kürzung der Kontingente für Erwerbstätige aus Drittstaaten durch den Bundesrat.

Die Stadt Zürich ist sowohl auf politischer wie auch auf administrativer Ebene in regem Austausch mit den zuständigen kantonalen Behörden und engagiert sich dabei stets für eine liberale und weltoffene Interpretation der vom Bundesrat formulierten Vorgaben.

Die Stadt engagiert sich in schweizweiten Verbänden und überregionalen Organisationen wie etwa dem Städteverband und der Metropolitankonferenz Zürich dafür, dass die Bedürfnisse der Städte in Bezug auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften koordiniert kommuniziert und in Bern wahrgenommen werden. So haben beispielsweise der Städteverband und die Interessengemeinschaft Grosse Kernstädte auf Initiative der Stadt Zürich im September 2015 die Studie «Nutzen der Zuwanderung für die Schweizer Städte» vorgelegt (http://staedteverband.ch/cmsfiles/nutzen_zuwanderung_schlussbericht_infras_d.pdf). Darin wird dargelegt, dass gerade für die grösseren Städte die Vorteile der Zuwanderung gegenüber den dadurch ebenfalls geschaffenen Herausforderungen überwiegen. Der Städteverband bringt im Rahmen der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Position der Städte beim Bund ein und betont die Bedeutung der internationalen Anbindung und des Zuzugs zu qualifizierten Arbeitskräften gerade für die grösseren Städte als Wirtschaftsmetropolen der Schweiz.

Neben dem Engagement für den Erhalt der guten Rahmenbedingungen am Standort Zürich ist aber auch deren weitere Bekanntmachung bedeutsam und mithin ein wichtiges Anliegen des Stadtrats. Denn im härter werdenden Standortwettbewerb ist die internationale Positionierung des Wirtschaftsraums Zürich zunehmend unerlässlich. Dazu ist die Mitarbeit der Stadt Zürich in der regionalen Standortmarketingorganisation Greater Zurich Area, in der die Stadt Zürich aus Effizienzgründen eng mit den umliegenden Regionen und Kantonen zusammenarbeitet, von grosser Bedeutung.

Vor dem Stadtrat

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cucho-Curti